Gewerkschaft
Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Bayern

Pressemitteilung Nr. 1 / 2016 vom 29. Januar 2016

**GEW Bayern übergibt im Landtag zusammen mit bayernweiter Studierendenschaft über 22.000 Unterschriften gegen massive Zulassungsschranken vor dem Referendariat für Lehrerinnen und Lehrer**

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Bayern übergibt am 2. 2. 2016 zusammen mit Studierenden im Landtag über 22.600 Unterschriften gegen die von der CSU-Mehrheit gewünschten Zulassungsschranken vor dem Referendariat für die Lehrämter.
Wenn diese Änderung des Lehrerbildungsgesetzes angewandt wird, dürfen nicht mehr alle Lehramtsstudierenden wie bisher nach dem 1. Staatsexamen ihre Ausbildung sofort an den Schulen, im Referendariat, fortsetzen. Sie sollen bis zu drei Jahre darauf warten müssen.

Die Bildungsgewerkschaft GEW hält das für untragbar. Zum einen gehöre das Referendariat untrennbar zur Ausbildung der Lehrkräfte. „Eine solch lange Wartezeit ist den jungen Kolleg*innen nicht zuzumuten und schreckt Studierende und Studieninteressierte aller Lehramtsarten erst mal ab – egal wie gefragt das Fach eigentlich ist“, sagt die Lehramtsstudentin Philine Ertsey für die Landes-ASten-Konferenz. Zum anderen spreche gerade jetzt der hohe Bedarf an zusätzlichen Lehrer*innen gegen derartige Maßnahmen zur Abschreckung vor einem Lehramtsstudium: „Mehrere Tausend junger Flüchtlinge bekommen trotz klar bestehender Schulpflicht keinen Platz in einer Berufsschule oder Mittelschule, weil die Staatsregierung nicht genügend Lehrer*innen dafür einstellt oder bekommt. Auch wenn die Schranken vor dem Referendariat erst mal nur für angehende Gymnasial- oder Realschullehrer*innen eingesetzt werden, werden nicht automatisch und nicht jetzt ausreichend Lehrkräfte für z. B. die Mittelschulen bereit stehen“, so Bernhard Baudler, Gewerkschaftssekretär der GEW Bayern im Bereich Schulen. Die Schulen benötigten schon seit langem bedeutend mehr Lehrkräfte – und nicht weniger: für eine wirkliche Umsetzung des Inklusionsgebotes, für einen Ausbau guter Ganztagsangebote, für eine deutliche Absenkung der Klassenstärken und für eine wirklich flächendeckende Unterrichtsversorgung.

Die Staatsregierung hatte öffentlich wiederholt einen „Vertrauensschutz“ für Studierende versprochen. Davon ist nichts übrig geblieben. Die Gesetzesänderung soll nun zum 1. Mai 2016 in Kraft treten; davon betroffen sind aber rückwirkend bereits Studierende, die zum Wintersemester 2014/15 begonnen haben. Wenn die CSU-Fraktion im Landtag auf den Schranken innerhalb der Lehrer*innenausbildung bestehen will, muss der Gesetzesentwurf zumindest für einen Vertrauensschutz dringend nachgebessert werden.

Die Landes-ASten-Konferenz als Vertretung der Studierenden überreicht im Landtag über 6000 Unterschriften, die ihre Petition unterstützen, die GEW Bayern übergibt gleichzeitig über 16.600 Unterschriften an den Vorsitzenden des Bildungsausschusses, MdL Martin Güll. Auch CSU-Politiker haben die Petition der GEW unterzeichnet.

Die GEW Bayern hat nach Protesten in Nürnberg und in Augsburg mit Partner*innen bereits weitere Aktionen in München gegen die Schranken in der Lehrer*innenausbildung in Vorbereitung.

**Für Rückfragen stehen zur Verfügung:**
Philine Ertsey (Landes-Asten-Konferenz), Tel.: 015224598352; philine.ertsey@yahoo.de
Bernhard Baudler (GEW Bayern), Tel.: 0171 1262128; bernhard.baudler@gew-bayern.de

V.i.S.d.P.: Elke Hahn, Geschäftsführerin, Schwanthalerstraße 64, 80336 München, Tel.: 0171 / 676 0000